

lung und der Parteileitung zur Beseitigung der Störanfälligkeit eingehalten werden.

Natürlich verpflichtet unser Wahlplan jeden Genossen zur aktiven Mitarbeit in der Parteiorganisation seines Wohnbezirkes oder -ortes. Einige qualifizierte Parteimitglieder erhielten den Parteauftrag, in den Ausschüssen der Nationalen Front die politische Arbeit so zu organisieren, daß mit allen Schichten der Bevölkerung das offene Gespräch geführt wird. Alle Genossen werden in den Mitgliederversammlungen der APO und in den Parteigruppen 14tägig Rechenschaft darüber ablegen, wie sie ihren Parteauftrag erfüllten, wie sie beispielsweise in den Paten-LPG mitgeholfen haben, die Grundfragen unserer Politik zu erläutern und die genossenschaftliche Arbeit in den LPG Typ I und die sozialistische Brigadearbeit in den LPG Typ III zu entwickeln.

So faßt der Wahlplan unserer Betriebsparteiorganisation alle die Aufgaben zusammen, die unsererseits für eine gute Wahlvorbereitung geleistet werden müssen. Jedes Parteimitglied hat durch einen Parteauftrag seinen Platz zugewiesen erhalten, wo er — sei es in der Gewerkschaft, im Wohngebiet, in der FDJ, in den Sportgemeinschaften oder in den Dörfern — als Agitator für den Friedensplan wirken wird.

Auseinandersetzung in der Mitgliederversammlung

Charakteristisch für die Gesamtmitgliederversammlung war jedoch, daß unsere Genossen nicht nur über die organisatorischen Maßnahmen sprachen, sondern sich ernsthaft mit den politischen Problemen beschäftigten. Sie befaßten sich auch mit solchen Genossen, die in ihrem persönlichen Verhalten nicht immer Vorbild sind, die für sich persönlich eine eigene Disziplin in Anspruch nehmen und die vor der politischen Diskussion am Arbeitsplatz und in ihrem Wohngebiet zurückwichen. Die Aussprache zeigte aber auch, daß unsere Parteiorganisation im täglichen Kampf rasch gewachsen ist und daß sich neue kampfbereite Parteikader entwickelten. So sprachen in der Diskussion Partei-

mitglieder, die noch nie zuvor vor so einem großen Kreis aufgetreten waren, legten offen ihre Meinung zum Kampf um den Friedensvertrag dar, legten den Finger auf wunde Stellen und machten Vorschläge, wie die Aktivität der Genossen erhöht werden kann. Die Zahl derjenigen Genossen, die keine Aktivität im Betrieb zeigen und unzureichend am gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet teilnehmen, hat sich verringert.

Mit den noch säumigen Parteimitgliedern wurde ein ernstes Wort gesprochen und ihnen geholfen, falsche Ansichten zu überwinden. Eine Ursache für ihre Zurückhaltung bestand zum Beispiel darin, daß sie die Vorbereitung der Wahlen nicht ernst nahmen, alle Maßnahmen und politischen Gespräche als „Wahlkampagne“ betrachteten und die außerordentlichen Anstrengungen nicht für notwendig hielten, weil ja bei den letzten Wahlen auch alles geklappt habe. Diesen Genossen machten wir klar, daß unsere Partei und Regierung keine „Wahlpolitik“ machen, sondern daß sie in tiefer Sorge um die Zukunft des gesamten deutschen Volkes auf die Lösung der Fragen drängen, die das ganze deutsche Volk interessieren, daß nun endlich, 16 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerregimes, normale, friedliche Verhältnisse hergestellt werden. Wenn das deutsche Volk von seinem Recht auf den Friedensvertrag Gebrauch macht, dann erfüllt es nur das, was ihm in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam zugesichert ist.

In der gemeinsamen Erklärung der Vertreter der USA, Großbritanniens und der UdSSR auf der Jalta-Konferenz vom 11. Februar 1945 heißt es doch: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.“ Da die Westmächte aber alle Bestimmungen der Jalta-Konferenz und des Potsdamer Abkommens gebrochen haben, sind die westdeutschen Militaristen heute in der Lage, den Weltfrieden zu bedrohen. Die Politik unserer Partei und Regierung ist also darauf gerichtet, den völkerrechtlichen Anspruch auf einen Friedensver-